Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

bereits seit 1999 unterstützt die Bundesregierung mit dem Förderprogramm "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt" die Aufwertung von wirtschaftlich, sozial oder strukturell benachteiligten Stadt- und Ortsteilen. Das Programm setzt auf verwaltungs- und sektorübergreifende Kooperationsstrukturen in kleinräumlichen Gebietseinheiten. Der Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern wird ein großer Stellenwert zugeschrieben.

Dabei war die Förderung von Beginn an nicht auf Dauer angelegt. Vielmehr will das Programm Soziale Stadt als "Anstoßprogramm" mit Appellcharakter nachhaltige Kooperationsstrukturen und kommunale Angebote etablieren, die nach Förderende weiter bestehen. In der Fachwelt wird dieses Ziel unter dem Begriff der Verstetigung diskutiert. Diese bezieht sich nicht allein auf die Projektebene, sondern beinhaltet die Etablierung von ressortübergreifenden, raumbezogenen Kommunikations- und Kooperationsstrukturen in den Kommunalverwaltungen.

Vor dem Hintergrund der aktuell steigenden Flüchtlingszahlen, der damit verbundenen zunehmenden Integrationsanforderungen an die Kommunen sowie der derzeit laufenden Evaluierung des Programms Soziale Stadt möchten wir im Themenschwerpunkt dieser NACHRICHTEN die Soziale Stadt im Hinblick auf alte und neue Herausforderungen kritisch reflektieren. Wie steht es um das Förderprogramm und wie geht es weiter? Inwiefern konnten die Ziele der Verstetigung und der breiten Bürgerbeteiligung erreicht werden? Wo liegen Fallstricke und in welchen Bereichen konnten Erfolge erzielt werden?

Den Einstieg macht Nicole Graf, Referatsleiterin "Soziale Stadt, Städtebauförderung, ESF" im BMUB. Sie gibt eine Einführung in die Zielstellungen, den Politikansatz und die Steuerungsinstrumente des Programms und zeigt zukünftige Handlungsfelder auf. Eine besondere Bedeutung weist sie der stärkeren Verbindung von Sozialraum und Gesundheit sowie den gestiegenen Integrationsaufgaben im Zuge der Flüchtlingskrise zu.

Eine ergänzende Perspektive bieten Ralf Zimmer-Hegmann und Susanne Kubiak aus der Forschungsgruppe "Sozialraum Stadt" im ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung. Vor dem Hintergrund eines starken Zuwanderungsstroms aus Südosteuropa in die Dortmunder Nordstadt schlagen sie einen innerstädtischen Lastenausgleich vor, um die gesellschaftliche Integration in Zuwanderungsquartieren zu bewältigen.

Im Fokus des Beitrages von Simon Güntner, Professor für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW), steht die Frage, wie die im Rahmen der Projektförderung angestoßenen Maßnahmen und Strukturen verstetigt werden können. Er fasst die wesentlichen Befunde einer von ihm durchgeführten Studie zur Sicherung tragfähiger Strukturen in fünf ehemaligen Fördergebieten des Programms Soziale Stadt zusammen und reflektiert über aktuelle Entwicklungen in den Gebieten.

Auch Brigitte Grandt von der Entwicklungsgesellschaft Duisburg (EG-DU) betont im Interview das Thema der Verstetigung. Laut Grandt tragen insbesondere genaue Vor-Ort-Analysen und das Zusammenwirken von Quartier- und Stadtteilebene zum Gelingen bei.

Im abschließenden Themenbeitrag von Dr. Gabriele Schmidt aus der Geschäftsstelle der ARL geht es um den Anspruch des Programms, durch die Beteiligung der Quartiersbewohnerinnen und -bewohner an der Programmumsetzung deren Handlungskompetenz und Identifikation mit dem eigenen Wohnumfeld zu stärken. Der Beitrag zeigt, warum dieses Ziel in der Praxis nur zum Teil eingelöst werden kann und wie die unterschiedlichen Erwartungen an das Programm besser miteinander in Einklang gebracht werden könnten.

In den Rubriken "Aus der ARL" und "Aus Raumforschung und -planung" informieren wir Sie wie gewohnt über Neuigkeiten aus dem Netzwerk der ARL und aus anderen Einrichtungen der Raumforschung und -planung.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Gabriele Schmidt Stabsstelle Wissenschaftskommunikation © 0511 348 42-56 schmidt@arl-net.de